Notizen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **49 (1993)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Notizen

Werden Frauen aus den Parlamenten verdrängt?

Am 13. September meldete 'Le Nouveau Quotidien' in Lausanne, dass weltweit der Frauenanteil in Parlamenten auf 10% zurückgegangen ist. Die interparlamentarische Union, die dies in einer Studie darlegte, stellte fest, dass der Rückgang besonders gross in Ländern war, die vom Einparteien- zum Mehrparteiensystem gewechselt hatten. Kommentar: Dieser Sachverhalt trifft ganz besonders auf den ehemaligen Ostblock zu. Wieder einmal sind es die Frauen, die von einer 'Wende' kaum profitieren (z.B. war in Ungarn 1987 jeder fünfte Parlamentssitz mit einer Frau besetzt, heute ist es noch jeder vierzehnte). In seinem Roman 'Die Pest' schrieb Albert Camus: 'Nos victoires sont toujours provisoires – Unsere Siege sind immer nur vorläufig' – die Geschichte scheint ihm wieder einmal Recht zu geben.

Neue Kantonsarchäologin im Aargau

Die Bernerin Dr. Elisabeth Bleuer ist auf den 1. September zur neuen Aargauer Kantonsarchäologin ernannt worden. Ihr spezielles wissenschaftliches Interesse gilt der Neusteinzeit; an ihrem jetzigen Arbeitsplatz wird sie Gelegenheit haben, sich vor allem mit der römischen Vergangenheit unseres Landes auseinanderzusetzen. Wir gratulieren Frau Dr. Bleuer herzlich zu ihrer Wahl und wünschen ihr für die heikle Gratwanderung zwischen Bauherren, Archäologen und wissenschaftlicher Anforderung solide Nerven und viel Humor.

CVP-Frauen vs. (Striptease-)Tänzerinnen

Die CVP-Frauen des Kantons Zürich haben gegenüber dem Regierungsrat ihre Besorgnis über die Missstände im Bereich der zumeist ausländischen (Striptease-)Tänzerinnen in den Zürcher Nachtlokalen geäussert. Diese Frauen würden als Tänzerinnen zum Alkoholkonsum animiert, meistens auch der Prostitution zugeführt und vom Nachtlokal, vom Vermittler, vom Schlepper und oft auch von einem Zuhälter mehrfach ausgebeutet. Gemäss Aussage der kantonalen Fremdenpolizei stammen von den monatlich bewilligten 140 kontrollpflichtigen Ausländerinnen rund 20 – 25 % aus Osteuropa. Die CVP-Frauen sind der Meinung, dass den Frauen aus Osteuropa andere Arbeitsmöglichkeiten geboten werden müssten, und ersuchen den Regierungsrat, für Frauen aus Drittweltländern und aus Osteuropa keine Arbeitsbewilligungen als (Striptease-) Tänzerinnen mehr zu erteilen.

Männer ins Gleichstellungsbüro?

Der EVP-Gemeinderat Peter Anderegg hat sich mit einer Interpellation an den Zürcher Stadtrat gewandt, weil sich das BfG ausschliesslich als Büro für die Gleichstellung der Frauen betrachte. Er möchte, dass sich das BfG auch um die Gleichstellungsprobleme der Männer (u.a. Militär- und Zivilschutzdienstpflicht, höheres AHV-Alter trotz kürzerer Lebenserwartung) kümmert und die Stellen im BfG ausgewogen, mit Frauen und Männern, besetzt werden, wobei er ausdrücklich keine Quotenregelung fordert, denn diese sei 'ein ungeeignetes Mittel zur Förderung der Gleichstellung'. Zu Frauenlöhnen, Hausarbeit u.ä. hat er sich im übrigen nicht geäussert.